

Private Betreuer in Ausnüchterungszellen

Die Suche der Stadtpolizei Zürich nach privatem Sicherheitspersonal stösst auf Kritik

-yr. In der Zentralen Ausnüchterungsstelle, die Mitte März in der Hauptwache Urania beim Zürcher Hauptbahnhof in Betrieb genommen wird, sollen neben Angehörigen der Stadtpolizei Zürich auch private Sicherheitsleute angestellt werden. Dies hat die «NZZ am Sonntag» in der gestrigen Ausgabe gemeldet. Entsprechende Stellen sind im «Schweizerischen Handelsamtsblatt» ausgeschrieben.

Die Zentrale Ausnüchterungsstelle ist Teil eines Massnahmenpakets, das der Zürcher Stadtrat unter Führung von Polizeivorsteherin Esther Maurer im vergangenen Sommer verabschiedet hat. Dabei soll vor allem gegen alkoholisierte Jugendliche und junge Erwachsene vorgegangen werden, welche die öffentliche Ordnung stören beziehungsweise sich oder andere gefährden. Hierzu können sie während 24 Stunden in eine Ausnüchterungszelle gesteckt wer-

den. In dieser Zeit werden sie medizinisch betreut. Bis anhin wurde diese Massnahme dezentral in den Regionalwachen durchgeführt.

Ursprünglich war die Zentrale Ausnüchterungsstelle als Erweiterung des Vermittlungs- und Rückführungszentrums gedacht, wo vor allem Drogenabhängige betreut werden. Nun soll die neue Einrichtung aber in der Hauptwache der Stadtpolizei untergebracht werden. Dass für den Pilotversuch, der auf drei Jahre angelegt ist, auch private Sicherheitsleute angeworben werden, stösst bei einigen Staats- und Verwaltungsrechtlern auf Kritik.

In der «NZZ am Sonntag» machen sie unter anderem geltend, damit würden Grundrechte wie die persönliche Freiheit und das staatliche Gewaltmonopol tangiert. Gerade bei einer derart sensiblen Arbeit wie dem Umgang mit alkoholisierten Jugendlichen und

jungen Erwachsenen sei der Einsatz von privaten Sicherheitsleuten heikel.

Demgegenüber hat Reto Casanova, Pressesprecher des städtischen Polizeidepartements, am Sonntag in einer Stellungnahme festgehalten, die privaten Kräfte seien nicht für Festnahmen vorgesehen. Sie kämen erst innerhalb der Ausnüchterungszellen zum Einsatz, und auch dort nur unter der Anleitung von vereidigten Polizisten.

Die Auslagerung polizeilicher Aufgaben an private Sicherheitsfirmen oder an nicht vereidigte Ordnungsdienste ist seit vielen Jahren umstritten. Nicht zuletzt die Personalverbände der Polizeiangestellten wehren sich gegen die oftmals billigere Lösung mit Zivilpersonen. Ein Beispiel unter vielen ist die Oberländer Gemeinde Rüti, die vor einigen Jahren zur Bekämpfung der lokalen Drogenszene eine private Sicherheitsfirma angeheuert hat.